

ALEXANDRA BLEYER

# 1848

Erfolgsgeschichte  
einer gescheiterten  
Revolution



RECLAM

Alexandra Bleyer

**1848**

Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution

**Reclam**

*Dieses Werk wurde vermittelt durch  
Aenne Glienke / Agentur für Autoren und Verlage,  
www.AenneGlienkeAgentur.de.*

2022 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,  
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen  
Covergestaltung: Büro Jorge Schmidt  
Coverabbildung: Deutschland, Märzrevolution 1848:  
Allegorische Darstellung der Opfer der  
Barrikadenkämpfe; in der Mitte der Tod des Politikers  
Robert Blum (1807–1848). Ende 1848 © ullstein bild  
Gesamtherstellung: Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,  
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen  
Made in Germany 2022  
RECLAM ist eine eingetragene Marke der Philipp  
Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart  
ISBN 978-3-15-962059-6  
ISBN der Buchausgabe 978-3-15-011281-6  
[www.reclam.de](http://www.reclam.de)

# **Inhalt**

**Revolution! Revolution?**

**Vor dem Sturm**

**Europa in der Krise**

**Vulkanausbrüche**

**Pariser Funkenflug**

**Herrschaftszeiten**

**Die Stunde der Parlamentarier**

**Mit vereinten Kräften**

**Triumph und Niederlage**

**Revolutionsschauplatz Medien**

**Was vom Aufstand übrig blieb**

**Literaturverzeichnis**

**Abbildungsverzeichnis**

# Revolution! Revolution?

Was braucht es, um Menschen zum Protest auf die Straße zu treiben? Durch Missernten ausgelöste Hungersnöte? Eine verheerende Seuche unklarer Herkunft, die in Wellen wiederkehrt und gegen die es keinen Schutz zu geben scheint? Wirtschaftskrise, Landflucht und hohe Arbeitslosigkeit? Das bedrohliche Gefühl, dass die Zeiten immer schlimmer werden und es stetig bergab geht? Regierungen, die als Krisenmanager versagen und durch Korruptionsskandale Vertrauen verlieren? Krieg, gegen den sich eine Friedensbewegung formiert?

Nicht jede Krise führt zwangsläufig zu einer Revolution, bei der sich oft über Jahrzehnte aufgebauter Druck für viele dann doch überraschend in einer gewaltigen Eruption entlädt. Es müssen viele Faktoren zusammenspielen. Aber was genau ist eine Revolution? Ursprünglich beschrieb *revolutio* (lat.) im physikalischen Sinn eine Zurück- oder Umwälzung, bevor der Begriff in der Frühen Neuzeit politisch aufgeladen wurde und sich fortan auf einen meist gewaltsamen Umsturz mit tiefgreifendem Wandel der bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse bezog.

Ein entscheidendes Merkmal ist, dass sich Revolutionen innerhalb einer Gesellschaft abspielen: Ein Teil derselben kämpft gegen einen anderen. Sind es einmal wütende Arbeiter und Angehörige der sozialen Unterschichten, die

Festungen stürmen und Monarchen stürzen, können in einem anderen Fall Intellektuelle oder Adelige als Träger der Revolution agieren. Ein bekanntes Beispiel für eine Revolution von oben liefert die jüngere Geschichte: Michail Gorbatschow wollte in den 1980er Jahren die Sowjetunion zur Demokratie umgestalten und leitete eine folgenreiche Wende ein. Neben *Perestroika* (Umstrukturierung) spielte als Schlüsselbegriff *Glasnost* (Offenheit, Transparenz) eine große Rolle, denn Presse- und Meinungsfreiheit gehören nicht von ungefähr zu den Grundpfeilern einer Demokratie. Somit werden sie auch als Erstes von Machthabern auf ihrem Weg in die Diktatur attackiert.

Und 1848? Es lässt sich darüber philosophieren, ob es 1848 eine Revolution gab und wenn ja, wie viele? Für den Historiker Adam Zamoyski gab es zwischen Januar 1848 und Mitte 1849 »eine Reihe zweckopportunistischer Aufstände aus den unterschiedlichsten Beweggründen«. Aber »ob die zahlreichen Unruhen sich tatsächlich zu etwas summiert haben, das man eine Revolution nennen könnte«, ist für ihn doch sehr fraglich, zumal diese nicht viel verändert hätten; außer in Frankreich, wo ausgerechnet die liberalste Monarchie Europas gestürzt wurde, machte die Revolution beispielsweise in den deutschen Staaten meist vor den Thronen Halt. **1** Die Zeitgenossen allerdings bezeichneten die Ereignisse klar als Revolution, und auch für die Mehrheit der Historiker handelt es sich um ein Revolutionsjahr. Zamoyski liefert mit seiner

pointierten Formulierung jedoch einen Gedankenanstoß:  
Wie revolutionär muss eine Revolution denn ablaufen, um  
das Etikett zu verdienen?

Man stellt sich unter einer Revolution meist blutige  
Barrikadenkämpfe vor oder einen Sturm auf die Bastille.  
Doch die meisten 1848er Revolutionäre - und das klingt  
jetzt fast paradox - wollten das politische System in  
Zusammenarbeit mit den alten Eliten umgestalten.  
Allerdings gab es auch radikalere Kräfte: Nicht nur in  
Frankreich wurde die Republik ausgerufen, sondern auch  
in Rom, Venedig und gleich mehr als einmal im  
Großherzogtum Baden. Dass diesen Umstürzen und  
Neuanfängen - der Definition nach Revolutionen - keine  
lange Dauer beschieden war, steht auf einem anderen  
Blatt.

Handelte es sich nun um eine oder viele Revolutionen?  
Auf unterschiedlichen Schauplätzen fanden parallel wie  
zeitversetzt eigenständige Aktionen statt. Dass in der  
Geschichtsschreibung trotzdem mehrheitlich von *einer*  
Revolution die Rede ist, erklärt sich daraus, dass es trotz  
der regionalen Unterschiede Gemeinsamkeiten und  
Verbindungen gab: Zu den Auslösern zählen ähnliche  
Problemlagen wie Reformstau, repressives und unflexibles  
politisches System sowie eine Agrar- und Gewerbekrise im  
unmittelbaren Vorfeld, welche die soziale Frage  
verschärfte. Die von den revolutionären Kräften erhobenen

sogenannten *Märzforderungen* stimmten im Kern ebenso überein.

Bezieht man die revolutionären Vorbeben wie den Schweizer Sonderbundskrieg mit ein, so handelte es sich um »die an Teilnehmern zahlreichste, geographisch ausgedehnteste und gewaltsamste politische Bewegung im Europa des 19. Jahrhunderts«. **2** Und dennoch galt sie lange Zeit als »gescheitert«, da viele unmittelbare Ziele wie beispielsweise die nationale Einigung Deutschlands nicht erreicht wurden. Doch das Bild hat sich gewandelt: Heute wird die Revolution als Teil eines unumkehrbaren und anhaltenden Modernisierungsprozesses gewürdigt. Sie war ein entscheidender Schritt auf dem langen und holprigen Weg zur modernen Demokratie, ein »demokratiepolitisches Versuchslabor«. **3** Grundrechte, politische Mitbestimmung über das Wahlrecht und auf Presse- und Meinungsfreiheit basierender öffentlicher Diskurs sind nicht selbstverständlich; vieles wurde 1848 erstmals erkämpft.

Es war ein »tolles« Jahr, wie es die Zeitgenossen bezeichneten, ein Jahr, in dem viel in Bewegung kam. Verkrustete Strukturen wurden aufgebrochen, und man lotete aus, inwieweit Veränderungen etabliert werden konnten. Das war für die Gesellschaft wie auch für einzelne Personen mit teils schmerzhaften Lernprozessen verknüpft. Es gibt nicht nur *die eine* Geschichte, sondern viele subjektiv geprägte Erzählungen. Ein und dasselbe Ereignis



wird – je nach individuellem Standpunkt – unterschiedlich bewertet. 1848 konnte als Chance oder Katastrophe wahrgenommen werden; die Revolution wurde unterstützt, bekämpft oder ignoriert. Im vorliegenden Buch wird sie daher nicht streng chronologisch und flächendeckend nachgezeichnet, sondern ich möchte mit Mut zur Lücke Entwicklungen und Episoden herausgreifen. Dabei werde ich verschiedenen Protagonisten über die Schultern schauen, um der Multiperspektivität der historischen Realität einigermaßen gerecht zu werden.

# Vor dem Sturm

Vormärz. Der Epochenbegriff für die Zeit vom Ende des Wiener Kongresses 1815 bzw. im engeren politischen Sinn von der Julirevolution 1830 bis zur Revolution ist insofern etwas problematisch, als dass er die Jahre vor der Märzrevolution auf eine Vorlaufzeit reduziert. An deren Anfang stand – wieder einmal – Napoleon; besser gesagt: der Sieg über den Kaiser der Franzosen und die auf dem Wiener Kongress ausgehandelte Neuordnung Europas, zu deren Leitmotiven der Erhalt des monarchischen Prinzips sowie das Gleichgewicht der Großmächte zählten. Die Wiener Ordnung galt ihren Architekten als Garant für Frieden und Stabilität in Europa. In der Generation des österreichischen Staatskanzlers Clemens Wenzel Lothar Fürst von Metternich lässt sich eine fast panische Revolutionsfurcht bemerken. Aber kann man es den Zeitgenossen wirklich verdenken? Sie hatten ja miterlebt, wie die Französische Revolution ihre vertraute Welt auf den Kopf stellte und wie in Paris die Köpfe rollten. Wie seit 1792 ein Krieg nach dem anderen Europa verheerte – Kriege, die insgesamt bis zu fünf Millionen Tote gefordert hatten.

An den konservativ-reaktionären Höfen Europas standen Innen- und Außenpolitik unter der Prämisse der Revolutionsabwehr. Dazu gehörte die Unterdrückung

liberaler und nationaler Bewegungen, die als Keimzelle neuer Umstürze gedeutet wurden. Im Deutschen Bund – der Staatenbund wurde auf dem Wiener Kongress gegründet und ersetzte das auf Druck Napoleons 1806 erloschene Heilige Römische Reich – traten neben intellektuellen Vordenkern teils militant agierende Burschenschafter als Speerspitze der liberalen und nationalen Ideen auf. Nach dem Wartburgfest 1817 verfasste der Student Heinrich Riemann mit seinem Zimmernachbarn die *Grundsätze und Beschlüsse des 18. Oktober*, in denen vorsichtshalber »allzu scharfe Sätze« durch Professorenhand gestrichen wurden. Diese sogenannten *Wartburgbeschlüsse* enthielten typische frühliberale Forderungen: konstitutionelle Erbmonarchie, Gleichheit vor dem Gesetz, Schutz des Eigentums, öffentliche Gerichte, Rede- und Pressefreiheit sowie die nationale Einigung Deutschlands. War das Wartburgfest schon ein Alarmsignal für die Herrschenden, wurde zwei Jahre später die Ermordung des Schriftstellers und russischen Generalkonsuls August von Kotzebue durch den Studenten Karl Ludwig Sand als Teil einer groß angelegten Verschwörung interpretiert.

Die Reaktion folgte prompt: Die *Karlsbader Beschlüsse* sahen im Deutschen Bund die Überwachung der Universitäten, das Verbot der Burschenschaften und die Entlassung verdächtiger Professoren vor. Eine Vorzensur kontrollierte nun Schriften von unter 20 Druckbogen (320

Seiten) Länge; eine »Central-Untersuchungs-Commission« in Mainz sollte revolutionäre Umtriebe in den deutschen Staaten untersuchen. Verschwörungen, wohin man sah (oder sehen wollte): In England lieferten die ebenfalls zu beobachtenden sozialen Unruhen, Massendemonstrationen sowie ein Attentat auf die Kutsche des Prinzregenten und künftigen König Georg IV. die Begründung für die *Six Acts*, die »Karlsbader Beschlüsse auf ›englisch««. **4** In Frankreich führte u. a. die Ermordung des Thronfolgers Charles Fernand, Herzog von Berry, 1820 zu einem Kurswechsel Richtung Reaktion.

Die Angst vor revolutionären Umwälzungen beschränkte sich nicht auf den eigenen Staat. Auch die Vorgänge in anderen Ländern wurden argwöhnisch beobachtet, da man aus leidvoller Erfahrung wusste: Revolutionen sind ansteckend. England, Russland, Österreich und Preußen hatten im Kampf gegen Frankreich zu einem Bündnis zusammengefunden, das sie über den Sieg hinaus fortsetzen wollten. Als sogenanntes Europäisches Konzert wollten die Großmächte - Frankreich wurde 1818 in den Kreis aufgenommen - ihre Politik auf Monarchenkongressen und Botschafterkonferenzen koordinieren, die Wiener Ordnung verteidigen und Konflikte diplomatisch statt durch Krieg lösen. Während die 1815 auf Initiative Zar Alexanders I. begründete Heilige Allianz, ein Feindbild der Gegenseite, kaum praktische Bedeutung erlangte, bewies das Europäisches Konzert seine

Effizienz, als ab 1820 eine revolutionäre Welle über Südeuropa schwappte. Auf den Kongressen von Troppau, Laibach und Verona einigte man sich darauf, die Revolutionen niederzuschlagen.

Doch das aufstrebende (Bildungs-)Bürgertum rief immer lauter nach politischer Mitsprache und Reformen, konkret nach einer Verfassung. Am Beispiel des Deutschen Bundes zeigt sich, wie unterschiedlich die Entwicklung nach 1815 in den einzelnen Staaten verlief. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. wollte von seinen Verfassungsversprechen der Befreiungskriege nichts mehr wissen; für den erzkonservativen österreichischen Kaiser Franz II./I., der Veränderungen scheute wie kaum ein anderer, war eine solche ohnehin kein Thema. Im Gegensatz dazu setzten viele süddeutsche Regierungen ihren Reformkurs der napoleonischen Ära fort und entwickelten sich zu konstitutionellen Monarchien. Innerhalb von fünf Jahren erhielten Sachsen-Weimar, Baden, Bayern, Württemberg sowie Hessen-Darmstadt Verfassungen.

Diese sind nicht allein als Zugeständnis an die dort recht starken liberalen Kräfte zu sehen; einheitliche Gesetze und Normen sollten vielmehr die durch Gebietszugewinne neu hinzugekommenen Untertanen in den Staat integrieren und dessen Legitimität besiegeln. Der Monarch blieb Träger der Souveränität, seine Macht wurde allerdings durch die Verfassung beschränkt. Die Volksvertretung erfolgte in

einem Zweikammersystem, wobei die alten Eliten im Oberhaus ihren Einfluss bewahren konnten; in die Zweite Kammer wurden Abgeordnete gewählt. Freilich durfte nicht jeder wählen: Frauen blieb die Mitbestimmung verwehrt, und das Zensuswahlrecht schloss jene Männer aus, die weder einen gewissen Besitz noch die geforderte Mindeststeuerleistung vorweisen konnten.

Das war ganz im Sinne der bürgerlichen Liberalen, die zwar von einer Gleichheit der Menschen ausgingen, aber »keine Demokraten im modernen Sinn« **5** waren. Sie wollten keine Revolution, sondern Reformen im Einvernehmen mit den Fürsten. Das einfache Volk war ihrer Meinung nach für die politische Teilhabe noch nicht reif und gebildet genug.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildeten sich die bis heute wirksamen politischen Hochideologien Liberalismus, Demokratismus, Konservatismus, politischer Katholizismus sowie Sozialismus bzw. Kommunismus heraus. Der Liberalismus wurzelte als gesamteuropäische Bewegung in der Aufklärung und war von den Ideen von 1789 geprägt; Ziel der Liberalen bzw. Konstitutionellen war der Verfassungs- und Rechtsstaat.

Das demokratische Lager, auch »bürgerlicher Radikalismus« genannt, spaltete sich etwa in den

1830ern vom Liberalismus ab; die Grenzen waren in dieser Ausbildungsphase politischer Strömungen noch fließend. Die Demokraten vertraten das Prinzip der Volkssouveränität und wollten einen National- und Verfassungsstaat mit allgemeinem Wahlrecht für Männer; Vorbild waren u. a. die USA. Sie setzten sich stärker als die Liberalen für soziale und gesellschaftliche Reformen ein und nahmen teilweise sozialistische und kommunistische Ideen auf. Aus diesem Lager erwuchsen später die Sozialdemokraten. Freilich gab es innerhalb der jeweiligen Lager viele Abstufungen und Übergänge; so näherte sich der linke Flügel der Liberalen in manchen Positionen den Demokraten an, während umgekehrt keineswegs alle Demokraten auch Republikaner waren.

Im späteren Vormärz drangen aus Frankreich, das in der ersten Jahrhunderthälfte »wichtigster Impulsgeber für soziale Bewegungen und Revolutionen« **6** war, neue Ideen und Begriffe in die Diskussion ein, darunter der Sozialismus (antirevolutionär, wollte durch eine neue Sozialwissenschaft gesellschaftliche Harmonie erreichen) und der Kommunismus (revolutionär, dieser knüpfte an republikanische Gleichheitsvorstellungen an). Frühformen dieser Ideologien entwickelten sich vorrangig in Geheimgesellschaften und Vereinen. Der politische Katholizismus stützte sich auf etwa 400 meist während der 1848er Revolution gegründete

Piusvereine und konzentrierte sich auf kirchenpolitische sowie soziale Themen.

Der Konservatismus entwickelte sich in Europa in der Auseinandersetzung mit bzw. Abwehr der Französischen Revolution und ihren Idealen. Er wollte das bestehende System – der Monarch herrschte von Gottes Gnaden, der Landtag war ständisch gegliedert – bewahren.

**Wo** deutlich wurde, dass sich die Reformziele nicht mit, sondern nur gegen den Willen der Monarchen erreichen ließen, wo oppositionelle Stimmen unterdrückt und Gegner des bestehenden politischen Systems gnadenlos verfolgt wurden, blieb oft nur der Weg ins Exil oder in den Untergrund. Auch wenn die Geschichte der vormärzlichen Geheimgesellschaften keine Erfolgsgeschichte ist, zeigt sie, welches politische Klima herrschte. Für viele Protagonisten der 1848er Revolution war sie eine wichtige Schule, beispielsweise für den Italiener Giuseppe Mazzini.

Die Mitgliedschaft in einem Geheimbund konnte im Vormärz allerdings hoffnungsfrohe Karrieren beenden, bevor sie begonnen hatten, wie die Biographie des Philosophen und Verlegers Arnold Ruge zeigt. Der auf Rügen geborene Sohn eines Gutsverwalters war finanziell nicht besonders gut gestellt, weshalb ihm der Vater zum Studium der Rechtswissenschaften riet. Aber er hatte



seinen eigenen Kopf und wollte nicht nur für den Broterwerb studieren, sondern das, was ihn faszinierte: Philosophie. Ruge wollte eine umfassende Reform der politischen Zustände in den deutschen Staaten, schloss sich dem *Jünglingsbund* an und nahm 1822 an einer Delegiertenversammlung desselben teil, bei der man sich für eine deutsche Republik aussprach. 1824 wurde er verhaftet und wegen der Teilnahme an einer verbotenen Verbindung, die Hochverrat plante, verurteilt. Er wurde auf der Festung Kolberg eingesperrt, wobei er die Zeit zur akademischen Weiterbildung nutzte. Anfang 1830 wurde er vorzeitig entlassen – gerade zur rechten Zeit: Die 1830er Revolution hätte Ruge nur ungern verpasst.

»Daß wir es noch einmal erleben würden, was vor 40 Jahren Paris, Frankreich und darauf ganz Europa in Bewegung setzte, hätte ich nicht geglaubt«, schrieb der jüngere Bruder des preußischen Königs, Prinz Wilhelm, am 3. August an seine Schwester Charlotte. Zur russischen Zarin Alexandra Fjodorowna geworden, blieb sie auch in der Ferne seine Vertraute, der er sowohl seinen Liebeskummer als auch seine Gedanken zur Politik mitteilte. Der französische König Karl X. war Ende Juli innerhalb von nur drei Tagen, welche die Glorreichen genannt wurden (*Les Trois Glorieuses*), gestürzt worden, nachdem er verfassungswidrig die Zensur wiedereingeführt und den Wahlzensus erhöht hatte. Dagegen protestierten bürgerliche Liberale und Journalisten, aber auch

Handwerker, Studenten und Arbeiter liefen gegen die geplante Auflösung des Parlaments Sturm. Karl dankte ab; mit Louis-Philippe von Orléans kam ein entfernter Neffe auf den Thron; unter dem »Bürgerkönig« erfolgte ein behutsamer Kurswechsel Richtung Liberalismus.

Wilhelm - er machte als zweitgeborener Sohn in der preußischen Armee Karriere und sah darin die beste Waffe der Monarchen gegen Umsturzversuche - befürwortete eine militärische Unterstützung für Karl, aber sein Vater und andere Monarchen Europas hatten (ein wenig) aus der Geschichte gelernt: Schon einmal hatte man versucht, eine französische Revolution durch Truppen niederzuschlagen. Ja, es war schockierend, dass in Paris das Prinzip der Volkssouveränität das Gottesgnadentum ablöste. Ein kleiner Trost für die Fürsten war, dass die Monarchie als solche erhalten blieb. Es hätte schlimmer kommen können.

Doch Revolutionen sind ansteckend. Belgien sagte sich von den Niederlanden los und wurde von den Großmächten als unabhängig anerkannt; die neue Verfassung des Landes galt in Europa als vorbildlich. Im November brach in Polen der Kampf gegen die russische Fremdherrschaft aus, wobei Militärskadetten eine führende Rolle spielten; gerade einmal sechzehn Jahre alt war Fähnrich Ludwik Mierosławski, der als Sohn einer französischen Mutter und eines polnischen Offiziers in Frankreich geboren wurde. Die Revolutionäre konnten auf Sympathien des Westens zählen, aber nicht mit militärischer Hilfe rechnen. Die Truppen des Zaren

schlugen den Aufstand im nächsten Jahr nieder. Viele polnische Kämpfer flohen ins Exil; auch Mierosławski kehrte nach Frankreich zurück, wo er sich als Schriftsteller versuchte. Er schloss sich wenig später dem *Jungen Polen* an und dient als Paradebeispiel für jene polnischen Emigranten, die als »Sturmvögel der Revolution« auf fast jedem europäischen Revolutionsschauplatz anzutreffen waren.

In Italien griff ein Aufstand im Kirchenstaat auf Parma und Modena über, wurde aber von österreichischen Truppen niedergeschlagen. Mazzini sah sich von der *Carboneria* enttäuscht; er wurde kurz verhaftet, danach ging der Jurist ins Exil nach Marseille, wo er das *Junge Italien (Giovine Italia)* gründete. Das »Jung« legte er großzügig aus: nicht älter als 40 Jahre. Er wollte Studenten, Akademiker, Handwerker und Gesellen gewinnen. Waren junge Männer leichter zu begeistern? Zum Idealismus kam bei vielen wohl eine Portion Abenteuerlust.

Dieses Gefühl mag auch zwei Neffen Napoleons dazu getrieben haben, sich in Mittelitalien in die revolutionären Unruhen zu stürzen. Die Brüder entstammten der unglücklichen Ehe, die Napoleon zwischen seinem Bruder Louis und seiner Stieftochter Hortense-Eugénie de Beauharnais gestiftet hatte. Das Paar trennte sich im September 1807. Louis-Napoleon kam im folgenden April auf die Welt; Napoleon-Louis war vier Jahre älter. Während

Letzterer bei seinem Vater in Rom lebte, wuchs Louis-Napoleon bei seiner Mutter im Schloss Arenenberg in der Schweiz auf, das sie als Kultstätte für Napoleon gestaltete. Louis-Napoleon fühlte sich zu Großem geboren, er entwarf für sich »das Ideal des romantischen Revolutionärs«. Unter diesem Aspekt ist laut Klaus Deinert seine Beteiligung an den Aufständen 1830/31 zu sehen: als »selbstaufgelegte Bewährungsprobe« **7** und weniger als Ausdruck einer republikanischen Gesinnung.

Die Aufständischen wurden jedoch von überlegenen päpstlichen und österreichischen Truppen zerstreut. Die Brüder wollten sich nach Polen durchschlagen und dort gegen die Russen kämpfen, doch in Forlì erkrankte Napoleon-Louis an Masern und starb am 17. März 1831. Louis-Napoleon drohte verhaftet zu werden, aber Mutter Hortense eilte ihm mit falschen Pässen zu Hilfe und ermöglichte ihm die Flucht nach England.

Im Deutschen Bund rumorte es ebenfalls. In vier Staaten kam es zu Aufständen, die zur konstitutionellen Monarchie führten. In Braunschweig wurde von Herzog Karl II. die Einberufung der Landstände gefordert; als er sich weigerte, wurde sein Schloss gestürmt. Er floh in die Schweiz; die Regierung übernahm sein Bruder Wilhelm, der einer zeitgemäßen Verfassung zustimmte. In Kurhessen musste Wilhelm II. seinen Untertanen eine liberale Verfassung gewähren, bevor er sich mit seiner Mätresse auf seine Schlösser nach Hanau begab und das Regieren

seinem Sohn überließ. Auch in Sachsen, dessen König abdankte, sowie in Hannover wurden Verfassungen durchgesetzt. Auffällig war, dass bei den Ausschreitungen im Deutschen Bund nun »stärker als zuvor [...] die sozialen Unterschichten in Bewegung gesetzt wurden und ganz wesentlich zu der revolutionären Grundstimmung beitrugen«; **8** beispielsweise folgten in Leipzig Handwerksmeister, Gesellen und Fabrikarbeiter dem Pariser Vorbild. Traten zuvor überwiegend einzelne Intellektuelle, als Demagogen verfolgte Professoren und Studenten als Vorkämpfer liberaler und nationaler Ideen in Erscheinung, zeigt sich, dass die Bewegung gerade auch in den deutschen Staaten nach der Julirevolution erkennbar an sozialer Breite und Tiefe gewann. Das ist eine wichtige Entwicklung, die im Hinblick auf 1848 nicht unterschätzt werden sollte.

Die Signalwirkung der Julirevolution auf die europäischen Gesellschaften war groß. Die Machthaber standen vor der brennenden Frage: Was tun? »Wer erst den Finger hingegeben hat, muß bald die ganze Hand nachreichen«, fürchtete Wilhelm. Nur keine Schwäche zeigen! Entschieden auf seiner Linie verharrte Metternich, obwohl selbst sein langjähriger Weggefährte Friedrich »von« Gentz einsah, dass sich die Zeiten geändert hatten und man nicht länger gegen das konstitutionelle Prinzip ankämpfen könnte. Gentz war dafür, den bürgerlichen Liberalen Konzessionen zu gewähren; anderen gegenüber

urteilte er Ende 1831, dass »Fürst [Metternich] seiner Zeit nicht mehr gewachsen« sei.

Reformen würden Revolutionen den Nährboden entziehen. Das erkannte auch der Aachener Textilkaufmann David Hansemann, der in einer Denkschrift im Dezember 1830 forderte, Friedrich Wilhelm III. solle in Preußen sein überfälliges Verfassungsversprechen einlösen und dem Bürgertum mehr Mitsprache im Staat einräumen. Doch damit stieß er auf taube Ohren.

Das sture Beharrungsvermögen der Regierenden konnte selbst brave Beamte zum Verzweifeln bringen und dazu führen, dass sie sich von diesen abwandten. Der Karlsruher Amtsrevisor Carl Theodor Obermüller war, wie seine Tochter Henriette zu berichten wusste, freisinnig und übte sich im kleinen Protest: »Obgleich er Staatsdiener war, gieng er Nie an Neujahr oder am Geburtstage zum Großherzog, um dort seinen Namen einzuschreiben.« Er sorgte dafür, dass Henriette wie ihre Brüder eine gute Bildung erhielt, Fächer wie Naturwissenschaften und Altphilologie gehörten für ihn dazu. Obermüller selbst zeigte seine Ablehnung des Regierungskurses zwar nur in leisen Aktionen; doch seine politische Haltung prägte die Kinder: »Wir wurden von ihm im Fürsten- und Pfaffenhaß groß gezogen.« Aus solchen Kinderstuben kommen, wie sich noch zeigen wird, Revolutionäre sowie mit Henriette eine politisch interessierte Frau, von der wir noch einiges hören werden.

Zu radikaleren Schritten entschloss sich Philipp Jakob Siebenpfeiffer. Der Sohn eines Schneiders begann vierzehnjährig eine Schreiberlehre im Verwaltungsdienst; seine Vorgesetzten in der Finanzverwaltung in Freiburg im Breisgau erkannten seine Talente, und mit Hilfe eines Stipendiums konnte er an der dortigen Universität Jura studieren. 1818 wurde er »Landcommissär« (Landrat) in Homburg an der Saar – damals Teil der nach dem Wiener Kongress Bayern zugesprochenen rheinpfälzischen Gebiete. Bei der Verwaltung von knapp 80 Gemeinden entwickelte er einen scharfen Blick für soziale Missstände in einer Region, die wie so viele andere noch unter den Folgen der Napoleonischen Kriege sowie der Missernten litt. Siebenpfeiffer wurde publizistisch tätig und förderte den Ausbau der Infrastruktur sowie die Errichtung von Schulen. Und er bombardierte seine Vorgesetzten bis hinauf zum bayerischen König mit Reformvorschlägen. Vergebens. Die Folge? »Der engagierte Beamte verwandelte sich in einen frustrierten Reformen, der frustrierte Reformen in einen demokratischen Revolutionär.« **9**

Siebenpfeiffer engagierte sich in der Pfalz immer stärker in der liberalen Opposition und gab Zeitungen wie *Den Boten aus dem Westen* heraus, wobei das Thema Pressefreiheit – das liberale Kernthema schlechthin – auch für ihn den größten Stellenwert besaß: Er forderte die Abschaffung der Zensur, damit die öffentliche Meinung

größeren Einfluss auf die Politik nehmen könne. Anfang 1832 war er an der Gründung des Preß- und Vaterlandsvereins beteiligt, der sich den Kampf für Pressefreiheit sowie die nationale Einigung Deutschlands auf die Fahnen schrieb. Ein weiteres Vorstandsmitglied war der Jurist und Journalist Johann Georg August Wirth.

Siebenpfeiffer regte eine Massenkundgebung an, um die von ihnen verfolgten Ziele einem großen Publikum näher zu bringen. Allerdings waren politische Versammlungen strikt verboten. Aber wo ein Wille ist, findet sich ein Weg: Man lud Männer sowie ausdrücklich auch Frauen vom 27. bis 30. Mai 1832 zu einem Weinfest bei der Ruine des Hambacher Schlosses ein; mit einem solchen fiel man in der Weinbauregion ja nicht weiter auf.

Was den Behörden durchaus auffiel, war, dass bis zu 30 000 Teilnehmer kamen. Damit war das Hambacher Fest die erste demokratisch-nationalistische Massenkundgebung Deutschlands; die oppositionellen Kräfte gewannen sichtbar an Breite und Tiefe. Es waren zudem nicht nur Studenten, die zur Schlossruine wanderten. Vertreten waren mit Juristen und Publizisten, Ärzten, Kaufleuten, Bierbauern und Winzern auch die Spitzen der bürgerlichen Gesellschaft; die Masse der Teilnehmer kam jedoch aus dem Kleinbürgertum und aus der ländlichen Bevölkerung, also aus den Mittel- und Unterschichten.

Wie viel die Besucher von den über dreißig Reden demokratisch-republikanischer Ausrichtung verstanden –



Lautsprecher gab es ja noch nicht –, bleibt offen. Man drückte Sympathien für die Polen und ihren Wunsch nach nationaler Wiedergeburt aus und sang neben der *Marseillaise* Freiheitslieder wie *Noch ist Polen nicht verloren*. Wirth sprach von seiner Vision der »vereinigten Freistaaten Deutschlands« im Rahmen eines »konföderierten republikanischen Europa«; Siebenpfeiffer forderte, dass die Frau »freie Genossin des freien Bürgers« sein sollte.



Der starke Zustrom zum Hambacher Fest überraschte sogar die Organisatoren, die mit weit weniger Publikum gerechnet hatten.

Seine Eindrücke vom Hambacher Fest hielt ein Augenzeuge, der Journalist und Revolutionär Jakob Venedey, in seinen *Reise- u. Rasttagen in Deutschland* fest. »Es war hier das erste Mal, daß klar u. frei der Name Republik in Deutschland vor Tausenden ausgesprochen wurde. Ein Wort, das bis jetzt nur Freunde, wenn sie zu zweien oder dreien waren, zu nennen gewagt. Zum ersten Male schallte in Deutschlands Gauen das Hoch der Republik aus dem Munde von Tausenden wieder, und hallte durch Europa. [...] Nur Republiken können Europa retten! [...]

Andere Redner hatten sich einen Tisch oder eine Bank zur Tribüne gewählt und sprachen zum Volke. Oft hörte man an verschiedenen Stellen zugleich den Beifallsruf des Volkes, und bald hier, bald dort schallte das Hoch Deutschlands. Hoch der Freiheit, Hoch dem Völkerbund und Fluch allen großen und kleinen Tyrannen! Hier stand ein Pfarrer, dort ein Student, u. hier ein Handwerker, und dort ein Advocat, und das Volk horchte freudig auf ihre Reden und sah in eine bessere Zukunft. Vielleicht fehlte es nur an einem Worte, und der Tag der Freiheit, der Tag des Kampfes für die Freiheit hätte begonnen.«

Republik? Fluch den Tyrannen? Das Hambacher Fest schreckte die reaktionären Regierungen auf wie zuvor das Wartburgfest. Wirth und Siebenpfeiffer wurden kurz darauf verhaftet; noch im Juni 1832 wurden mit den *Sechs Artikeln* zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Karlsbader

Beschlüsse verschärft, und zwei Jahre später sollten es auf der Wiener Ministerialkonferenz insgesamt *60 Artikel* werden.

Aber war Deutschland denn schon reif für eine Revolution? Um das herauszufinden, schickte der Preß- und Vaterlandsverein einen Emissär in den Norden: Jakob Venedey. Der war schon am Gymnasium in Konflikt mit der Schulleitung geraten, da er zu freiheitlich gesinnt und noch dazu Teil der verbotenen Turnerbewegung war. Er musste die Schule verlassen und wurde privat unterrichtet. Später studierte er an den Universitäten Bonn und Heidelberg Jura und schloss sich der Burschenschaft an. Nach der Julirevolution engagierte er sich in Köln u. a. in einem »politisch radikaleren« Debattier- und Lesezirkel, was das Misstrauen der preußischen Behörden weckte, woraufhin er – laut Birgit Bublies-Godau handelte es sich um eine reine Disziplinierungsmaßnahme – trotz eines vorangegangenen gegenteiligen Bescheides für den Militärdienst tauglich erklärt wurde. Vor der Einberufung floh er im April 1832 mit falschen Papieren in die Pfalz. Die Erkundungsreise in den Norden nutzte er eigenen Worten nach dazu, »für die demokratische Sache zu werben« und »die Fäden zu einer grösseren politischen Verbindung zu knüpfen«. Was das revolutionäre Potential betraf, fiel seine Einschätzung jedoch ernüchternd aus: Zwar klagten die Bewohner Norddeutschlands über die schlechten

Verhältnisse, aber für politisches Handeln reichte es (noch) nicht.

Eine kleine Gruppe Hambacher wollte es trotzdem wissen und plante einen Anschlag auf den Bundestag, das höchste Gremium des Deutschen Bundes in Frankfurt. Mit dabei waren Wilhelm und Theodor Obermüller, Letzterer war erst 18 Jahre alt, wie ihre Cousine Henriette Obermüller berichtet. Am 3. April 1833 gelang es ihnen, die Hauptwache zu besetzen und Sturm zu läuten – aber Bürger und Bauern ignorierten die Mächtegernrevolutionäre, was nicht nur in der Familie Obermüller beklagt wurde.

Die Obrigkeit zog wiederum nach: Noch im selben Jahr nahm in Frankfurt eine Bundeszentralbehörde politische Ermittlungen auf, und mit der *Mainzer Zentralpolizei* wurde darüber hinaus »der erste institutionell selbstständige, als Behörde organisierte, zentralisierte Nachrichtendienst auf deutschem Boden« **10** geschaffen, der – wie es sich für einen Geheimdienst gehört – im Verborgenen operierte.

Der liberale Zeitgeist ließ sich dennoch nicht aufhalten, und viele Regierungen beugten sich ihm – ein wenig. In England wurde 1832 eine Wahlrechtsreform durchgeführt, zwei Jahre später wurde in Spanien durch ein »königliches Statut« der Absolutismus abgeschafft. Ebenso schritt in den deutschen Staaten die Konstitutionalisierung voran.

Es gab jedoch auch reaktionäre Fürsten, welche die Uhr zurückdrehen wollten. 1837 endete mit dem Amtsantritt von Königin Victoria die Personalunion zwischen den Monarchien Großbritannien und Hannover, wo nun der 66-jährige erzkonservative Ernst August I. auf den Thron kam. Er hob das von seinem Vorgänger erst 1833 verabschiedete liberale Staatsgrundgesetz auf mit der Begründung, es sei auf »völlig ungültige Weise« zustande gekommen und damit nicht bindend. Stattdessen wollte er zur alten ständischen Verfassung zurückkehren. Das Staatsgrundgesetz hatte Friedrich Christoph Dahlmann ausgearbeitet: ein früher Anhänger der deutschen Nationalbewegung, aber alles andere als ein Revolutionär. Dieses Mal waren es keine jungen Burschen oder vor jugendlicher Kraft überschäumende Kadetten, die gegen den Akt des neuen Königs rebellierten, sondern anerkannte, meist schon ältere Professoren der renommierten Göttinger Universität. Sie fühlten sich ihrem geleisteten Eid auf das Staatsgrundgesetz verpflichtet und unterschrieben am 18. November 1837 eine Erklärung, für die sich anschließend die Bezeichnung *Protestation* einbürgerte. Diese wurde über Nacht überregional bekannt. Die *Göttinger Sieben* hatten zwar keine Veröffentlichung geplant, aber eine der wenigen Abschriften gelangte in die Hände von Studenten. In Gruppen zu etwa zehn Personen – einer diktierte, die anderen schrieben, und vermutlich alle stärkten sich mit

Bier – gingen diese ans Werk und schickten die angefertigten Kopien auch an auswärtige Zeitungen. Der erboste König entließ die Professoren Wilhelm Eduard Albrecht, Georg Heinrich Ewald, Wilhelm Eduard Weber, Wilhelm und Jacob Grimm, Georg Gottfried Gervinus sowie den Wortführer der kleinen Gruppe, Dahlmann. Die letzten drei wurden zudem vor die Wahl gestellt, innerhalb von drei Tagen Hannover zu verlassen oder sich einem Strafverfahren zu stellen.

Nur auf den ersten Blick gewann Ernst August den Machtkampf gegen das »Federvieh der Tintenkleckser«, wie er sie nannte. Die Vorgänge in Hannover erregten im Deutschen Bund größtes Aufsehen, und die öffentliche Meinung fiel klar zugunsten der Entlassenen aus. Ihre Rechtfertigungsschriften waren heißbegehrt; um diese in Göttingen zu erwerben, mussten Käufer allerdings eine polizeiliche Erklärung abgeben, warum sie die Schrift kaufen wollten. Manche antworteten kurz und ehrlich: »Um sie zu lesen.«

Von Ereignissen wie dem Hambacher Fest und Verfassungskämpfen mit den nachfolgenden Debatten ging eine enorme Wirkung aus: Sie machten Forderungen und Ziele des Liberalismus über den zuvor recht überschaubaren Kreis von Professoren und Studenten hinaus bekannter. Beeindruckend war die Unterstützung der *Göttinger Sieben*: Für sie wurde eifrig gespendet, damit sich die nun einkommenslosen Professoren über